



Deutschland steht ein halbes Jahrhundert nach seiner Gründung gewiß vor erheblichen Herausforderungen bei seiner Aufgabe, das religiöse und kulturelle Leben in den Gemeinden zu fördern. Das beinhaltet die Anforderung vielfältiger Hilfen zur Integration, Begleitung und Bildung. Aber jüdische Kindergärten und Schulen aufbauen oder erweitern zu müssen, ist Erweis von Vitalität. Die Frage, ob genügend Lehrerinnen und Lehrer oder Rabbiner in den Gemeinden zur Verfügung stehen, ist selbst in der Problemanzeige ein Zeichen von Bereicherung. Das gegenwärtige Ringen um die Gestaltung des Gemeindelebens, welches offen ist für die vielfältigen Formen jüdischer Existenz, belegt bei aller Kontroverse eine Lebendigkeit, welche vorwärtsweisende Lösungen für gewichtige Fragen ermöglichen sollte.

Dabei kann der Zentralrat auf eine eindrucksvolle Leistung 50jähriger Repräsentanz jüdischen Lebens zurückblicken. Die Unterstützung zahlreicher Organisationen in der Bundesrepublik war sehr erfolgreich. Hier wäre zuerst an die Neugründung der Zentralwohlfahrtsstelle durch den Zentralrat im Jahre 1951 zu erinnern. Die Herausgeberschaft der *Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung* seit 1973 sichert nicht nur ein Forum öffentlicher Information und Darstellung jüdischen Lebens, sondern gewährleistet in der Landschaft der Presse und Printmedien eine unverwechselbare Stimme, die von nicht wenigen Christinnen und Christen aufmerksam zur Kenntnis genommen wird. Daß es seit 1979 die Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg gibt, ist ebenfalls der Initiative des Zentralrats zu danken. Mit dem Umzug von Bonn nach Berlin in das Leo-Baeck-Haus in der Berliner Tucholskystraße im vergangenen Jahr wurde eine wichtige Wegemarke in der Nachkriegsgeschichte der jüdischen Gemeinschaft gesetzt.

Auch wenn der Zentralrat von Krisen nicht verschont blieb, haben die verantwortlichen Damen und Herren des Zentralrats Respekt und Wertschätzung für die jüdische Gemeinschaft in der Öffentlichkeit und Gesellschaft Deutschlands erworben. Noch eindrücklich vor Augen und im Herzen ist mir sein im vergangenen Jahr so plötzlich verstorbener Präsident Ignatz Bubis, mit dem mich ein achtungsvoller und freundschaftlicher Kontakt verband. Und Herrn Paul Spiegel als gegenwärtigem Präsidenten des Zentralrats ist es bereits in den ersten Monaten seiner Amtsführung gelungen, die jüdischen Anliegen umsichtig und wirkungsvoll zur Geltung zu bringen. So hat z.B. seine Mitwirkung beim zurückliegenden Katholikentag in Hamburg einen starken Eindruck hinterlassen und deutlich machen können, wieviel Vertrauen zwischen unseren Gemeinschaften wachsen konnte. Ich freue mich auf die weiteren Kontakte mit ihm und möchte ihm und dem Zentralrat die Solidarität und Verbundenheit der katholischen Kirche zusagen. Solche Verbundenheit schließt durchaus den Freiraum zur kritischen Anmahnung kirchlicher Solidarität ein, wenn einmal in einer aktuellen Bedrängnis eine jüdische Erwartung an die Kirche unberücksichtigt bleiben sollte.

Solidarität zu leben, kann die Frucht einer Gewissenserforschung sein. In einer solchen Gewissensprüfung steht die katholische Kirche mit ihrem Großen Jubiläumsjahr 2000. Die Feier des Großen oder Heiligen Jahrs bezieht sich auf die Tradition der Bibel Israels und ihres Jubeljahrs, wie es im Buch Levitikus beschrieben ist. Die Weisungen und Mizwot von Levitikus 25 sollen entstandene

Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten überwinden, die soziale Grundverfassung des Volkes Israel bewahren und die verlorene Unabhängigkeit und Freiheit von Familien wiederherstellen. Im Zentrum steht das Bekenntnis zu Gott, der sein Volk aus dem Haus der Knechtschaft befreit hat: „Ich bin der Herr, euer Gott, der euch aus Ägypten herausgeführt hat, um euch das Land Kanaan zu geben und euer Gott zu sein“ (Lev 25,38). Schuldenerlaß und Wiederherstellung einer gerechten Ordnung lautet die Zielsetzung mit großer Wirkung. Papst Johannes Paul II. hat die Kirche aufgerufen, das Jubeljahr mit einer „Reinigung des Gedächtnisses“ zu begehen. In diesem Anliegen ist er beharrlich und vorbildhaft seiner Kirche vorangegangen. Höhepunkte dieser kirchlichen Einkehr und Umkehr waren die Vergebungsbitte im Rahmen einer feierlichen Liturgie am Ersten Fastensonntag im Petersdom zu Rom und sein Israelbesuch wenige Tage später vom 21. bis 26. März insbesondere mit den beiden Stationen in Yad Vashem sowie an der Westmauer. Israels Ministerpräsident Ehud Barak sprach von einer „historischen Reise der Heilung“ und rühmte Papst Johannes Paul II. als jenen, der „mehr als jeder andere getan hat, um den vom guten Papst Johannes XXIII. angestoßenen historischen Wandel in der Haltung der Kirche gegenüber dem jüdischen Volk zu vollenden und um die klaffenden Wunden, die über viele bittere Jahrhunderte hinweg geschwelt haben, zu heilen“. In der Tat hat Ministerpräsident Barak, der mit seinen anerkennenden Worten in Yad Vashem offenbar die Grundempfindung zahlloser Menschen in Israel und der jüdischen Diaspora getroffen hat, an einem wichtigen Punkt das Selbstverständnis des Papstes getroffen.

Bei seinem historischen Besuch der römischen Synagoge vom 13. April 1986 hatte Johannes Paul II. nämlich seine Geste der Wertschätzung des jüdischen Volkes selbst als die Übernahme eines Erbes von Johannes XXIII. bezeichnet, als er zur jüdischen Gemeinde von Rom sagte: „Das Erbe, das ich heute übernehmen möchte, ist gerade das von Papst Johannes, der einmal, als er hier vorbeikam, das Auto anhalten ließ, um die Schar der Juden, die gerade diesen Tempel verließen, zu segnen. Dieses Erbe möchte ich heute übernehmen, da ich mich nicht mehr nur draußen, sondern dank eurer hochherzigen Gastfreundschaft im Innern der Synagoge von Rom befinde“. Mit der feierlichen Vergebungsbitte und dem Schuldbekenntnis im Verhältnis zum jüdischen Volk am 12. März in Rom und mit seinem Besuch in Israel und der Rede von Yad Vashem sowie dem Gebet und der hinterlegten Vergebungsbitte an der Westmauer hat Papst Johannes Paul II. die Übernahme dieses Erbes vollendet. Zugleich hat er den Weg nach vorne gewiesen.

Als Bekräftigung der päpstlichen Gewissenserforschung durch die deutsche Kirche möchte ich die Versicherung des Papstes dem jüdischen Volk gegenüber wiederholen, die er in der Halle der Erinnerung von Yad Vashem gab – nämlich: „daß die katholische Kirche – vom Gebot des Evangeliums zur Wahrheit und Liebe und nicht von politischen Überlegungen motiviert – zutiefst betrübt ist über den Haß, die Taten von Verfolgungen und die antisemitischen Ausschreitungen von Christen gegen die Juden, zu welcher Zeit und an welchem Ort auch immer.“ Wir Christinnen und Christen in Deutschland haben besonderen Anlaß und Grund zu dieser Betrübnis. In den zurückliegenden Jahren haben die deutschen Bischöfe den Schuldanteil der katholischen Kirche

selbst mehrfach zur Sprache gebracht. Dabei ging es nicht nur um ein Bedauern, sondern um eine wirkliche Verurteilung. Ich erwähne – neben dem Eingeständnis der Schuld und der Bekundung des Erneuerungswillens durch die Synode der Bistümer in Deutschland aus dem Jahr 1975 – vor allem das Wort der deutschsprachigen Bischofskonferenzen zum Verhältnis von Christen und Juden aus Anlaß des fünfzigsten Jahrestages der Novemberpogrome 1938 vom 20. Oktober 1988. Im Januar 1995 wurde eine Erklärung zum 50. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau veröffentlicht. Daß Versagen und Schuld der zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft auch eine kirchliche Dimension haben, wurde bekannt; an der Mitverantwortung der Christen und der Kirche wurde kein Zweifel gelassen. Das damalige Wort der Umkehr und des Erneuerungswillens hat bleibende Gültigkeit. Voll Dankbarkeit denke ich daran, daß es mit großer Aufmerksamkeit und Anerkennung in der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland sowie in der weiteren Diaspora und in Israel aufgenommen wurde. Die Gewissensforschung zum Großen Jahr 2000 bringt dies in Erinnerung und bekräftigt es.

„Gott unserer Väter, du hast Abraham und seine Nachkommen auserwählt, deinen Namen zu den Völkern zu tragen. Wir sind zutiefst betrübt über das Verhalten aller, die im Laufe der Geschichte deine Söhne und Töchter leiden ließen. Wir bitten um Verzeihung und wollen uns dafür einsetzen, daß echte Brüderlichkeit herrsche mit dem Volk des Bundes. Darum bitten wir durch Christus, unseren Herrn“. So lautet die Vergebungsbitte, die der Papst im Petersdom aussprach und die er gemäß dem jüdischen Brauch, auf Zettel geschriebene Anliegen in die Ritzen der Westmauer zu stecken, an der Westmauer hinterlegt hat.

In wenigen Sätzen kommen eine tiefe Wertschätzung des Judentums, anteilnehmende Empfindungen über die Verfolgung des jüdischen Volkes und der Wunsch nach einem neuen Verhältnis zu ihm zum Ausdruck. Dabei ist mit der Formulierung der Bitte an Gott „durch Christus, unseren Herrn“ die bleibende Differenz des christlichen Glaubens zum jüdischen präsent. Die Vergebungsbitte zielt sowohl die „Reinigung des Gedächtnisses“ als auch die Erneuerung der Kirche und ihrer Glieder an. Theologisch bemerkenswert und für die künftige Haltung der Kirche und der Christen richtungsweisend scheinen mir vor allem drei Aussagen zu sein: Erstens: Die Erwählung des jüdischen Volkes, den Namen Gottes zu den Völkern zu tragen, wird anerkannt. Zweitens: Unbefangen werden die Angehörigen dieses Volkes „Söhne und Töchter“ Gottes genannt; man muß diese Unbefangenheit vor dem Hintergrund jahrhundertelanger kirchlicher und christlicher Rede von ihnen als den Kindern des Teufels würdigen. Drittens: Das jüdische Volk wird schlicht „das Volk des Bundes“ genannt; auch dies läßt sich in seiner Bedeutung erst erahnen, wenn man sich die traditionelle Bestreitung der Fortdauer des Bundes Gottes mit dem jüdischen Volk in kirchlicher Verkündigung und christlicher Theologie vor Augen hält.

Diese Sicht des christlichen Glaubens muß von der Verkündigung noch eingeholt werden. Sie ist von der Theologie in ihrer Bedeutung noch zu entfalten. Darin müssen Verkündigung und Theologie den Weg zu den Herzen unserer Gläubigen finden. Dort darf es keine Restbestände von religiösem Ressentiment gegenüber dem Judentum und jüdischen Volk geben. Wo Ressentiment

war, muß Wertschätzung herrschen. Wo Wertschätzung herrscht, wächst die Bereitschaft zur Solidarität. Wo sich Bereitschaft zur Solidarität findet, gibt es für Situationen der Bedrängnis eine gute Chance der Bewährung. Bewährung bekräftigt Verbundenheit.

Als der Zentralrat der Juden im Jahr 1950 wiederbegründet wurde, feierte die Kirche ebenfalls ein Heiliges Jahr. Sie vermochte damals noch nicht Zeichen der Gewissensforschung, Erneuerung und Verbundenheit im Verhältnis zum jüdischen Volk zu setzen. Daran erinnere ich, um meiner Überzeugung Ausdruck zu geben, daß wir im fünfzigsten Jahr des Zentralrats der Juden in Deutschland eine neue Epoche erreicht haben, hinter die man nicht mehr zurückgehen kann. Offenkundige Zeichen der neuen Epoche im christlich-jüdischen Verhältnis waren für die Weltöffentlichkeit die Vergebungsbite und Israelreise des Papstes. Kleine Zeichen gibt es auch außerhalb des Lichtkegels der großen Öffentlichkeit. Mit Genugtuung stelle ich fest, daß eine Arbeitshilfe „Wiederentdeckung der Verbundenheit der Kirche mit dem Judentum“, welche die Arbeitsgruppe „Fragen des Judentums“ der Bischofskonferenz für Theologie, Gemeindegarbeit und religiöse Weiterbildung erstellt hat, nach einer großen ersten Auflage nunmehr in der zweiten Auflage vergriffen ist; dies ist Indiz für ein lebhaftes Interesse an diesen Fragen. Eine überaus verdienstvolle Geste ist das kirchliche Stipendium für fünf Studierende der Heidelberger Hochschule für Jüdische Studien aus jüdischen Familien aus der ehemaligen Sowjetunion; die Diözesen Freiburg und Rottenburg zeichnen dafür verantwortlich. Dank ist für die Offenheit jüdischer Gemeinden zu sagen, wenn Pfarrer, Gremien und Gruppen aus kirchlichen Gemeinden die Synagoge oder sogar den synagogalen Gottesdienst besuchen können. Daß die Verbundenheit mit dem Judentum und jüdischen Volk einen verheißungsvollen Rückhalt in den Gemeinden hat, konnte man auch am guten Zuspruch zahlreicher Besucherinnen und -besucher des Programms der christlich-jüdischen Begegnung beim Hamburger Katholikentag ablesen, das vom Gesprächskreis „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken vorbereitet war. Viele Religionslehrerinnen und -lehrer bemühen sich um eine objektive und verständnisvolle Darstellung der jüdischen Tradition im schulischen Religionsunterricht.

Wenn ich in meinen Ausführungen vor allem von der Gewissensforschung der Kirche im Großen Jahr 2000 und von den Zeichen der theologischen Erneuerung und Annäherung gesprochen habe, so seien bleibende Aufgaben und politische Aspekte zumindest zum Schluß angedeutet. In der Bewertung des Pontifikates von Pius XII. gibt es eine belastende katholisch-jüdische Differenz. Ich hoffe sehr, daß die katholisch-jüdische Arbeitsgruppe, welche von der vatikanischen Kommission für die religiösen Beziehungen zu den Juden und dem Internationalen Jüdischen Komitee für Interreligiöse Konsultationen gebildet wurde, um das veröffentlichte Archivmaterial der Jahre 1933 bis 1945 auf Lücken hin kritisch zu sichten, zu einer Klärung beitragen kann. Und sollte es zur öffentlich diskutierten Kanonisation von Pius XII. kommen – ich weiß nichts darüber –, bitte ich heute schon die jüdische Gemeinschaft herzlich darum, an der tiefen Wertschätzung und Freundschaft von Papst Johannes Paul II. gegenüber dem jüdischen Volk nicht zu zweifeln.

Lange Zeit galt als ungelöstes Thema die Frage nach dem kirchlichen Verhält-

nis zum Staat Israel und zur für Juden entscheidenden Zusammengehörigkeit zwischen Volk und Land. Dieses Problem hat seine politische und diplomatische Lösung gefunden. Am 30. Dezember 1993 wurde ein Grundlagenvertrag zwischen dem Staat Israel und dem Heiligen Stuhl unterzeichnet, das nicht nur zur Anerkennung des Staates Israel, sondern auch im September 1994 zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen geführt hat. Auch für dieses Verhältnis war der Papstbesuch von überragender Bedeutung. Er ist ein Zugewinn an Glaubwürdigkeit in unserem Verhältnis.

Es bleibt die Aufgabe in unserer Beziehung, das Erreichte zu stabilisieren, das Verstehen der jeweiligen religiösen Wirklichkeit zu vertiefen, auf eine Haltung des gegenseitigen Vertrauens zwischen Christen und Juden hinzuwirken, wechselseitige Besuche und Gespräche auf den verschiedenen Ebenen durchzuführen sowie eine Zusammenarbeit im Kampf gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus und für Menschenrechte zu praktizieren. Je mehr dies gelingt, um so reicher ist die Frucht der „Reinigung des Gedächtnisses“. Konkrete Taten von Menschlichkeit und Gerechtigkeit helfen, die Zukunft nicht als eine bedrohliche Leere zu empfinden, sondern sie „messianisch“ vorzubereiten. Daß der Zentralrat der Juden in Deutschland und die von ihm repräsentierten jüdischen Gemeinden eine gesegnete Zukunft vor sich haben, ist mein herzlichster Wunsch zum fünfzigsten Jahr des Bestehens.

Wortlaut in: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Nr. 15 vom 19. Juli 2000, 18.